

Samtgemeinde Schöppenstedt
I-Hg/Ba

Niederschrift

über die

öffentliche Sitzung des Samtgemeinderates Schöppenstedt Nr. SGR 8/023
--

vom **26.11.2009**

Sitzungsort: Schöppenstedt, Rathaus, großer Saal, 2. OG

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:40 Uhr

Anwesend sind:

Gruppe SPD / Grüne

Jürgen Ahrens
Kurt Bauch
Rüdiger Bobka
Knut Gödecke
Peter Haller
Peter Mohr
Karl-Heinz Mühe
Hilmar Nagel
Heinrich Ringel
Edmund Schiewer
Bernhard Schmidt
Carola Trussner
Rudolf Wollrab

Gruppe CDU / FDP

Kurt Alpers
Jochen Hoffmann
Ernst-Henning Jahn
Michael Kahl
Hubert Piper
Dirk Rautmann
Rolf-Christian Schrader
Klaus Singelmann
Hans-Otto Waupke
Jan Willeke

Samtgemeindebürgermeisterin

Ruth Naumann

Verwaltung

Detlev Prescher
Dieter Hergesell

zugleich als Protokollführer

Vorsitz: Jürgen Ahrens

Es fehlen:

Gruppe SPD / Grüne

Michael Baxmann

Michael Gödecke

Gruppe CDU / FDP

Margret von Langendorff

Gäste:

Besucher: 60

Pressevertreter: 1_

Ergebnis der Sitzung:

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1.: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ahrens eröffnet unter Begrüßung der Anwesenden und insbesondere der zahlreich erschienenen Besucherinnen und Besucher die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 2.: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Herr Ahrens stellt die Tagesordnung in der Fassung der Einladung vom 16.11.2009 fest.

Zu Punkt 3.: Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Samtgemeinderates vom 29.10.2009

Herr Rautmann beantragt in der Protokollierung zu Punkt Nr. 5 (Seite 4, 3. Absatz, letzter Satz) das Wort „werdenden“ zu streichen. Zum selben Tagesordnungspunkt beantragt er (Seite 5, 2. Absatz, letzter Satz) statt des protokollierten Satzes

folgenden neuen Satz einzusetzen: „Herr Rautmann macht nochmals deutlich, dass er eine Überprüfung nicht vorbehaltlos mittragen könne.“

Beschluss:

Die Niederschrift über die 22. Sitzung des Samtgemeinderates vom 29.10.2009 wird in Form und Fassung mit der Maßgabe der von Herrn Rautmann beantragten Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 4.: Ehrung für 30-jährige Mitgliedschaft im Samtgemeinderat des Ratsmitgliedes Heinrich Ringel

Ohne RDS

Frau Naumann würdigt, zugleich in ihrer Funktion als Kreisvorsitzende des Nds. Städte- und Gemeindebundes das kommunalpolitische Wirken Herrn Ringels über die drei vergangenen Jahrzehnte und hebt hervor, dass die freiheitliche Kommunalverfassung Niedersachsens nur durch Personen erfüllt werden könne, die bereit seien, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Dabei zeichne Herrn Ringel das über die Dauer von 30 Jahren gezeigte Engagement aus, das er an anderer Stelle, insbesondere auch als langjähriger Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr auf sich genommen habe. Er habe Verantwortung und Solidarität gelebt und sich in vielen Fachausschüssen engagiert, u.a. mehr als zehn Jahre im Feuerwehrausschuss. Im Namen des Nds. Städte- und Gemeindebundes spricht sie ihm dafür Dank und Anerkennung aus und überreicht ihm unter dem Beifall des Hauses die Ehrenurkunde und die Ehrennadel sowie mit den besten Grüßen auch für die Ehefrau, ohne deren Unterstützung eine solche intensive Arbeit nicht möglich sei, ein Präsent der Samtgemeinde. Herr Gödecke und Herr Rautmann schließen sich jeweils für die von ihnen vertretene Gruppe diesen Wünschen an.

Herr Ringel dankt für die ausgesprochenen Glückwünsche und übergebenen Präsente und wünscht den Mitgliedern des Samtgemeinderates allzeit kluge Entscheidungen.

Zu Punkt 5.: 1. Feststellung des Wirtschaftsplanes der Abwasserentsorgung Schöppenstedt GmbH für 2010 2. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers
--

Berichterstatter: Herr Prescher

Nach der Erklärung Herrn Gödeckes, dass die Gruppe den Beschlussvorschlägen zustimme, weil alle Prognosen sich wie vorhergesagt entwickelt hätten, erklärt Herr Rautmann, dass die von ihm vertretene Gruppe der Planung nicht zustimmen könne, da weitere Defizite prognostiziert seien und bereits ein erheblicher Schuldenberg angehäuft sei, von dem man nicht wisse, wann er abgebaut sein werde.

Beschluss:

- 1. Der von der Geschäftsführung der Abwasserentsorgung Schöppenstedt GmbH vorgelegte Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 bestehend aus dem mittelfristigen Investitionsplan, dem Finanzplan und der prognostizierten Gewinn- und Verlustrechnung wird beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja 14 Nein 10

- 2. Mit der Vornahme der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 wird die Commercial Treuhand GmbH, Theaterstr. 4/5, 30159 Hannover, beauftragt.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Zu Punkt 6.: Kostenausgleich für die Betreuung gemeindefremder Kinder in Kindertageseinrichtungen;
hier: Vereinbarung mit der Stadt Braunschweig**

RDS-Nr. SG 8/149 vom 05.02.2009

Aussch.f.Schul.u.KiTa Nr. 7/008 vom 25.05.2009, Pt. 4 d. TO

Aussch.f.Schul.u.KiTa Nr. 8/008 vom 22.10.2009, Pt. 4 d. TO

SGA Nr. 8/032 vom 17.11.2009, Pt. 6 d. TO

Berichterstatterin: Frau Trussner

Herr Gödecke stellt dar, dass sich die Vereinbarung auf mögliche künftige Fälle beziehe und insofern nicht akut sei. Dennoch sei der Eintritt eines solchen Falles jederzeit möglich. Da die Regelung der Vereinbarung der Träger der Kindertagesstätten innerhalb des Landkreises Wolfenbüttel entspreche und die Vereinbarung Sicherheit für die Zukunft schaffe, stimme die Gruppe dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Rautmann sieht einen Bedarf für eine solche Vereinbarung nicht. Wenn ein solcher Fall eintrete, könne die Entscheidung

dann im Einzelfall getroffen werden. Letztlich sei auch beim Vorliegen einer Vereinbarung zu klären, ob die Voraussetzungen für einen Besuch gegeben seien. Andererseits nehme man sich die Möglichkeit einzugreifen, falls weitere Bedingungen für einen Besuch Braunschweiger Kindertagesstätten erfüllt sein müssen.

1. Beschluss:

Der Samtgemeinderat lehnt den Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Braunschweig gem. dem vorliegenden Entwurf ab und beauftragt die Verwaltung, bei Bedarf eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 10 Nein 14

2. Beschluss:

Dem Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Braunschweig über den Kostenausgleich für die Aufnahme gemeindefremder Kinder sowie die Kostenerstattung für das beitragsfreie Kindergartenjahr gem. § 21 Kindertagesstättengesetz wird entsprechend dem beiliegenden Entwurf zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 14 Nein 10

Zu Punkt 7.: Prüfung der Einführung einer offenen Ganztags- schule an der GS Schöppenstedt
--

RDS-Nr. SG 8/187 vom 22.09.2009
Aussch.f.Schul.u.KiTa Nr. 8/008 vom 22.10.2009, Pt. 6 d. TO
SGA Nr. 8/032 vom 17.11.2009, Pt. 9 d. TO

Berichterstatterin: Frau Trussner

Herr Gödecke weist darauf hin, dass das Prüfungsergebnis Teil eines Antrages der von ihm vertretenen Gruppe sei, um zu Verbesserungen im Bereich der schulischen und vorschulischen Arbeit zu kommen. Er freue sich, dass es offensichtlich einen gemeinsamen Weg gebe, dieses Ziel zu erreichen. Es gebe eine große Zahl von Kindern, die eine besondere Betreuung benötigten. Diese könne mit einer offenen Ganztagschule erreicht werden. Es sei jedoch zu prüfen, welche Randbedingungen zu erfüllen seien. Er hoffe, dass der Samtgemeinderat nach der Prüfung dann endgültig diesen Beschluss fasse, damit sich diese Bildungseinrichtung positiv weiterentwickle.

Herr Rautmann verweist auf den langen Beratungsgang. Die Fraktionen seien in der Grundschule mit der Präsentation der Vor-

und Nachteile informiert worden. Nun sei zu prüfen, was verbessert und was übernommen werden könne. Erfahrungen anderer Schulen müssten dabei berücksichtigt werden. Besonders komme es der Gruppe darauf an, dass der Samtgemeinderat vor einer abschließenden Festlegung die Gelegenheit erhalte, endgültig darüber zu beschließen.

Frau Naumann sagt zu, dass es selbstverständlich sei, dass über die Vorbereitungen Sachstandsberichte gegeben würden und das Ergebnis dem Samtgemeinderat vor der endgültigen Antragstellung zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Beschluss:

- 1. Der Samtgemeinderat nimmt von dem Ergebnis der Prüfung der Einführung einer offenen Ganztagschule an der Grundschule Schöppenstedt Kenntnis.***

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der GS Schöppenstedt die Voraussetzungen zur Beantragung der Einführung einer offenen Ganztagschule zum Schuljahresbeginn 2011/12 auf der Grundlage der Begründung der RDS SG 8/187 mit der Maßgabe zu treffen, die Hortbetreuung unter Beibehaltung der Randstundenbetreuung in Kindergartengruppen aufzugeben.***

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 8.: Bedarfsentwicklung für die Kindertagesstätten in der Samtgemeinde Schöppenstedt
--

RDS-Nr. SG 8/189 vom 25.09.2009

Aussch.f.Schul.u.KiTa Nr. 8/008 vom 22.10.2009, Pt. 8 d. TO

SGA Nr. 8/032 vom 17.11.2009, Pt. 11 d. TO

Berichterstatterin: Frau Trussner

Herr Gödecke führt aus, dass dieser Teil des von seiner Gruppe initiierten Prüfauftrages der gewichtigste sei, weil hiermit die größten Folgen verbunden seien. Internationale Studien würden immer wieder beschämende Ergebnisse der Bildungsqualität des deutschen Bildungswesens offen legen. Kinder aus bildungsnäheren Elternhäusern würden bessere Bildungschancen bescheinigt als Kindern aus bildungsferneren Elternhäusern. Die Lesefähigkeit deutscher Schüler sei eine Katastrophe, Schüler aus deutschen Schulen lägen im internationalen Vergleich deutlich im unteren Bereich.

Die Samtgemeinde sei zunächst nicht zuständig für das Bildungswesen. Dies sei Landesaufgabe. Hier hätten sich alle nds. Landesregierungen nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Jedoch könne die Samtgemeinde auch etwas tun. Gegen die Stimmen der CDU/FDP-Gruppe sei ein Auftrag in Prüfung gegeben worden mit dem Ziel festzustellen, was die Samtgemeinde tun könne, um im Bereich vorschulischer und schulischer Bildung die Grundschulen zu einer positiven Entwicklung zu führen und die Finanzierung der Kindertagesstätten zu sichern. Die Geburtenzahlen seien alarmierend. Während noch vor wenigen Jahren 140 - 150 Kinder pro Jahr geboren worden seien, liege die Zahl jetzt bei unter 70 Kindern. Jahrgänge mit kaum mehr als 50 Kindern würden bald folgen. Grundsätzlich könne man an die hervorragende Arbeit der Kindertagesstätten anknüpfen. Frei werdende Räume der Grundschule könnten so zur Weiterentwicklung zur offenen Ganztagschule verwendet werden. Die ergänzende Betreuung in den Randstunden der Kindertagesstätten lege den Eltern keine zeitliche Beschränkung auf und werde daher besser angenommen als der Hort. Leider ließen sich die unterschiedlichen Anforderungen der Kindertagesstätte und der Schule nicht so verzahnen, wie das gewünscht gewesen sei.

Die Bedarfsentwicklung im Bereich der Kindertagesstätten sei alarmierend. 346 genehmigten Plätzen stehe eine sinkende Nachfrage gegenüber. Insgesamt würden nur 250 Kinder da sein zur Besetzung dieser Plätze, woraus sich eine freie Zahl von rund 100 Plätzen ergebe. Diese Prognose berücksichtige das bisherige Anmeldeverhalten der Eltern. Frage sei, ob dieses Verhalten so bleibe. Dies werde von Randbedingungen abhängig sein, z.B. von der Höhe der Gebühren. Wenn man sie zu stark anhebe, würden diejenigen, die Hilfe brauchen, nicht in die Kindergärten geschickt, verzichte man darauf, würden andere, nämlich die Steuerzahler, die Kosten tragen müssen. Auch das in Berlin geplante Betreuungsgeld werde nicht gerade zusätzliche Kinder in die Kindertagesstätten bringen, sondern sie davon fernhalten. Diese Auswirkungen seien noch nicht abzusehen, verbessert würde die Situation dadurch jedoch nicht. Es sei daher ein weiterer Rückgang der Kinderzahlen zu erwarten. Dieser Sachverhalt müsse jedoch zu einer Chance werden. Die Gruppe wolle daher, dass

- zur Zeit keine Kindertagesstätte geschlossen werde,
- die Hortgruppe in eine Randstundenbetreuung überführt werde und die Kinder dadurch eine auskömmliche Versorgung erhalten,
- die Krippenbetreuung hinsichtlich des zeitlichen Angebotes bedarfsgerecht weiterentwickelt werde.

Der Halbierung der Kinderzahl pro Jahrgang, die sich auch in der Stadt Schöppenstedt in dieser Stärke auswirke, solle dadurch begegnet werden, dass in der Kindertagesstätte Hummelburg die Belegung bedarfsgerecht reduziert werde. Hier sei die Situation anders als in den angrenzenden Dörfern, da es die

Möglichkeit gebe, eine Kleingruppe einzurichten. Kinder müssten nicht umgesetzt werden, die Reduzierung können sich in einem moderaten Prozess entwickeln. Wichtig sei, dass in der Zwischenzeit nur das Notwendigste getan werde, um den baulichen Zustand zu erhalten, und dass der gesamte Prozess für die Kinder ohne tiefe Einschnitte stattfinde.

In einer Zukunftskonferenz Kinder sollten sich verschiedene Gruppen an einen Tisch setzen, um Möglichkeiten einer effektiveren Trägerschaft, aber auch der Ausweitung der Qualitätsstandards zu erörtern. Zu prüfen sei, ob die Gruppen in den Kindertagesstätten so groß bleiben müssten wie sie sind und ob die Betreuung durch eine Reduzierung besser werden könne, aber auch was finanziell möglich sei. Deshalb seien auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an den Tisch zu bringen, da evtl. künftig die Kindertagesstätten über die Gemeinden mitfinanziert werden müssten. Im weiteren Verlauf des Prozesses solle dann mit Fachleuten in den Kindertagesstätten gesprochen werden, ob das am grünen Tisch erarbeitete Konzept umsetzbar sei oder Ergänzungen notwendig seien. Schließlich müsse auch mit den Eltern Konsens erzielt werden. Dies werde kein Prozess von wenigen Monaten, sondern möglicherweise über mehrere Jahre sein. Die Schaffung gleicher Bildungschancen für alle sei stets Anliegen sozialdemokratischer Politik gewesen.

Er bittet um Unterstützung der CDU/FDP-Gruppe, weil ein solches Ziel nur gemeinsam erreicht werden könne.

Herr Rautmann entgegnet, dass die SPD/Grünen-Gruppe es hier wieder einmal richtig spannend gemacht habe. Heute werde ein solcher Antrag auf den Tisch gelegt, ohne dass vorher irgendeine Äußerung dazu gemacht worden sei. Das sei nicht verständlich. Es sei ein ganz wichtiger Punkt, dass die Kindertagesstätten in den Gemeinden erhalten bleiben sollen. Das sei ein Hauptanliegen der Gruppe CDU/FDP gewesen. Der Beschlussvorschlag des Samtgemeindeausschusses sehe ausdrücklich vor, dass die Kindertagesstätte Uehrde weitergeführt werde. Die Gruppe bestehe darauf, dass dies so ausdrücklich beschlossen werde. Die Punkte 2 - 3 würden entsprechend dem Vorschlag des Samtgemeindeausschusses mit beschlossen. Die übrigen Punkte würden schon überraschen, da bereits seit längerer Zeit über Konzepte gesprochen werde. Zu diesen Punkten könne heute keine Aussage gemacht werden ohne eine Vorbereitung in der Gruppe. Hierzu werde daher der Antrag gestellt, eine Entscheidung bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Herr Gödecke entgegnet, dass es der Gruppe wichtig sei, dass dieser Antrag in der Gesamtheit beschlossen werde, weil das eine nicht ohne das andere einen Sinn ergebe. Nur in der Zusammenstellung aller Punkte führe das zu einem runden Bild. Er bittet daher um Verständnis, dass es bei dem Antrag bleibe, nur in einem Stück abzustimmen und damit allen Sicherheit zu geben, wie es hier weitergehen solle.

Herr Jahn verweist darauf, dass eine Ratsdrucksache vorliege, wozu unter Punkt 1 ein Alternativvorschlag beschrieben sei. Über diesen, wie auch über die anderen Punkte sei im Samtgemeindeausschuss gesprochen worden, wo die SPD an der Abstimmung nicht teilgenommen habe. Nun lägen dem Samtgemeinderat drei Beschlussvorschläge aus dem Samtgemeindeausschuss vor, über die - unabhängig von weiteren Punkten - zu entscheiden sei.

Das von Herrn Gödecke genannte Betreuungsgeld werde zu keiner Gefahr für die Kindergärten werden, da es für unter Dreijährige gezahlt werden solle. Richtig sei, dass kleinere Gruppen besser arbeiten könnten. Nicht einzusehen sei, dass alles auf das Zentrum Schöppenstedt ausgerichtet sei. Eltern sollen selbst entscheiden können, wo sie ihre Kinder hingeben. Der Förderverein Uehrde zeige auf, wie Selbstverwaltung funktionieren könne. Dazu brauche man keine externen Trainer wie AWO oder die Kirche. Das könne man vor Ort entscheiden. Wenn jetzt kein Verständnis für den weiteren Beratungsbedarf gezeigt werde, dann sei es schade, dass so wenig Verständnis für die unterschiedlichen Positionen aufgebracht würden.

Herr Mühe stellt dar, dass der SPD-Antrag der weitergehende Antrag sei, weil er wesentlich mehr abdecke, als das bisher Vorgelegte. Auch in der Kommunalpolitik müssten Visionen erhalten bleiben. Für die Gruppe SPD/Grüne sei die beste Erziehung und Betreuung der Kinder das Wichtigste. Dazu gehöre sukzessive auch eine Verkleinerung der Gruppengrößen. Die Probleme von heute seien nicht mehr die wie vor 15 oder 20 Jahren. Auch die Gruppe wolle, dass die Wahlfreiheit für die Eltern aufrecht erhalten bleibe. Der Aspekt der Gemeinschaftserziehung stehe ganz oben, weil es wichtig sei, dass Kinder in der Gemeinschaft erzogen und betreut würden. Das gehe nur über die Kindertagesstätten und nicht über eine Betreuung zu Hause am Herd. Wenn jetzt vorgeschlagen werde, eine Zukunftskonferenz Kinder einzuberufen, sei das die Fortsetzung der Bemühungen zur weiteren Öffnung der Kindertagesstätten. Es werde eine Brücke gebaut zu allen Betroffenen. Dies könne nur der richtige Weg sein. Die Weiterentwicklung des Kindertagesstättenwesens sei auch ein wichtiger Standortfaktor nicht nur für die Stadt, sondern für alle Mitgliedsgemeinden. Es sei ausgesprochen wichtig, auch über kommunale Daseinsvorsorge, wozu das Kindertagesstättenwesen gehört, zu sprechen, natürlich auch über das zur Verfügung stehende Geld. Unter Hinweis auf die extrem zurückgehenden Geburtenzahlen sei der Weg in eine zwanziger Gruppe der richtige, ebenso wie der Weg in die Kommunikation. Das Problem könne nicht auf ein Dorf gerichtet werden, sondern betreffe die gesamte Samtgemeinde. Wenn die vielen Probleme in der Bildungspolitik gelöst werden könnten, würden sich die Erfolge einstellen. In den neunziger Jahren sei es im Wesentlichen um die Einführung von Qualitätsstandards gegangen.

gen. Aus eigener Erfahrung aus der Tätigkeit als Grundschullehrer wisse er, dass pädagogische Arbeit Schwerstarbeit sei.

Auf die Ausführungen von Herrn Rautmann und Herrn Jahn eingehend weist Herr Gödecke darauf hin, dass nicht nur der Förderverein in Uehrde gute Arbeit mache, sondern dass es in vielen Einrichtungen über viele, viele Jahre Fördervereine gebe, die dort sehr gute Arbeit leisteten und die nicht vergessen werden dürften, nur weil sie diese Arbeit schon über viele Jahre täten. Zum anderen habe er in seiner Ausführung darauf hingewiesen, dass er Verständnis dafür habe, dass der CDU/FDP-Gruppe eine Vorbereitung fehle, jedoch auch dargelegt, dass ein sinnhafter Beschluss nur in Gänze ergehen könne. Den Beratungsbedarf erkenne er durchaus an, jedoch müsse nun entschieden werden. Zum Betreuungsgeld führt er aus, dass auch die Aufnahme unter dreijähriger Kinder die Belegungssituation verbessere und die Einführung eines solchen Geldes der völlig falsche Weg sei.

Herr Jahn bestätigt, dass kein Zweifel bestehen könne, dass man über jede Initiative sehr dankbar sei. Die Uehrder Besucher seien jedoch deshalb heute hier, weil nur über das Uehrder Schicksal entschieden werden sollte. Es gehe um die Entscheidung, ob diese Einrichtung nach 2009/2010 weiter arbeiten könne oder nicht. Was spreche dagegen, dass so beschlossen werde? Die Gruppe CUU/FDP würde dann zu den übrigen beiden Punkten die Zustimmung geben und sich im Übrigen der Stimme enthalten, weil man ja darüber noch nachdenken könne. Eltern würden sich sehr unterschiedlich verhalten. Sie wüssten, dass die ersten drei Lebensjahre entscheidend seien. Daher müsse man ihnen diese Erziehung zutrauen. Dazu komme, dass sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise vielleicht gar nicht mehr alle Eltern leisten könnten, ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu geben. Er erinnert daran, dass mit Herrn Mühe seinerzeit Einvernehmen bestanden habe, dass der Kindertagesstättenbesuch in der Wahlfreiheit der Eltern liegen solle. Herr Mühe habe damals sogar die Gebührenfreiheit gefordert, die jedoch mangels finanzieller Masse nicht umsetzbar gewesen sei. Wenn die SPD/Grünen-Gruppe das Ziel habe, den Uehrder Kindergarten weiterzuführen, dann könne sie das auch so ausdrücklich beschließen. Weitere Punkte könnten dann durchaus beschlossen werden. Und dem Rest stehe man nicht im Weg. Er könne sich nicht vorstellen, dass eine sozialdemokratische Partei nicht in gemeinsamen Punkten gemeinsam abstimme.

Herr Bobka weist darauf hin, dass in der Zuhörerschaft auch viele andere Besucher seien, die nicht aus Uehrde kämen. Herr Jahn rede von Formalien, ob der Antrag der Gruppe beschlossen werden solle oder nicht. Das interessiere heute nicht. Es gehe darum, dass man sich im Samtgemeindegebiet neu aufstellen müsse. Das hätten alle verstanden. Darüber hinaus gehe es um so etwas wie Gefühle, auch wenn diese in der öffentlichen Politik offenbar keinen Platz hätten. Man könne über den gesamten Kom-

plex streiten. Wer in Uehrde gewesen sei, wie er, habe daraufhin eine schlaflose Nacht verbracht, nicht jedoch wegen der Diskussion, sondern weil er im Nachhinein Anfeindungen und bedrohenden Anrufen ausgesetzt gewesen sei. Damals habe er vorgestellt, dass eine Prüfung vorgesehen sei, nicht mehr und nicht weniger. Er wisse ganz genau, dass der politische Gegner das geschürt habe, indem gesagt werde, dass die SPD den Kindergarten in Uehrde schließen wolle. Es könne wohl nicht geglaubt werden, dass er mit der CDU/FDP-Gruppe nun in dieser Form kooperiere und den Antrag noch ändere.

Nachdem sich Herr Rautmann entrüstet über diesen Beitrag zeigt, wiederholt er seinen Antrag, explizit über den Fortbestand der Kindertagesstätte Uehrde zu beschließen. Er habe den Eindruck, dass die Eltern verunsichert werden sollten und es nächstes Jahr heiße, dass der Kindergarten doch geschlossen werde.

Herr Mühe nimmt Bezug auf die Äußerungen Herrn Jahns und die Auffassung der Gruppe SPD/Grüne über die zukünftige Gestaltung des Kindertagesstättenwesens. Er weist darauf hin, dass Herr Gödecke von einem u.U. mehrjährigen Prozess gesprochen habe, der auch mehr als zwei Jahre dauern könne. Während dieses Prozesses passiere nichts in den Kindertagesstätten, mit Ausnahme der Dinge, die bezüglich der Hummelburg hier ausdrücklich angesprochen seien. Nach weiteren Hinweisen zum Inhalt und dem Sinn der beantragten Zukunftskonferenz stellt er seine Auffassung dar, dass der SPD/Grünen-Antrag der weitergehende Antrag sei, über den einheitlich zu beschließen sei.

Herr Ahrens lässt sodann über den Antrag der Gruppe SPD/Grüne abstimmen.

Beschluss:

1. ***Der Hort der Kindertagesstätte „Hummelburg“ wird zum 01.08.2010 aufgelöst. Den Erziehungsberechtigten von Kindern mit entsprechendem Betreuungsbedarf sind im Rahmen freier Kapazitäten Betreuungsplätze in altersgemischten Gruppen der KiTa's „Hummelburg“ oder „Rasselbande“ anzubieten.***
2. ***Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um die Öffnungszeit der Krippengruppe der Kindertagesstätte „Hummelburg“ zum 01.08.2010 bedarfsgerecht zu verlängern.***
3. ***Der Halbierung der Kinderzahlen in Schöppenstedt soll sukzessive durch die bedarfsgerechte Reduzierung der angebotenen Plätze in der Hummelburg begegnet werden. Die Grundsanierung des Gebäudes wird zunächst nicht durchgeführt.***

4. *Bevor weitere Maßnahmen beschlossen werden, ist eine „Zukunftskonferenz Kinder“ durchzuführen. Darin soll mit möglichen freien Trägern von Kindertagesstätten (z.B. AWO, DAK, Kirchen), den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde und je einer(m) Vertreter(-in) der Gruppen im Samtgemeinderat die künftige Ausrichtung, die Qualitätsstandards sowie die Finanzierung der Kinderbetreuung in der Samtgemeinde erörtert werden.*
5. *Ziel der Konferenz ist die Erarbeitung eines Konzeptes für die Zukunft unter Berücksichtigung der absehbaren Entwicklung der Kinderzahlen, der wachsenden Ansprüche an die Qualität der vorschulischen Kinderbetreuung (Zielrichtung ist die Senkung der Gruppenstärken) sowie der Finanzierung der damit verbundenen Kosten.*
6. *Im weiteren Verlauf des Prozesses sind erste entwickelte Ideen mit den Leiterinnen und den Elternvertretern der KiTa's zu erörtern. Dadurch sollen die Fachfrauen und die Betroffenen Einfluss nehmen können auf das Konzept.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja 14 Enthaltung 10

Zu Punkt 9.: Prüfung der Verlagerung der KiTa Hummelburg in die Grundschule Schöppenstedt

RDS-Nr. SG 8/188 vom 23.09.2009

Aussch.f.Schul.u.KiTa Nr. 8/008 vom 22.10.2009, Pt. 7 d. TO

SGA Nr. 8/032 vom 17.11.2009, Pt. 10 d. TO

Berichterstatterin: Frau Trussner

Auch hier weist Herr Gödecke darauf hin, dass dieser Prüfauftrag Bestandteil eines Antrages der von ihm vertretenen Gruppe gewesen sei, um ggf. einen zunehmenden Leerstand sinnhaft füllen zu können. Laut Zusammenstellung der Verwaltung sei jedoch deutlich geworden, dass das keine gute Lösung sei, sodass nach weiteren Lösungen gesucht werden müsse.

Herr Rautmann äußert sich erleichtert, dass das Ergebnis so ausgefallen sei, zumal eigentlich schon vorher klar gewesen sei, dass dies nicht funktionieren könne. Dabei stelle sich die Frage, was erforderlich sei, um die weitere Betreuung in der Hummelburg zu ermöglichen. Der Beschlussvorschlag sei zu weit gefasst. Es sei heute nicht erkennbar, wie lange die Zahl der Kinder noch gehalten werden könne und was unabdingbar sei für den weiteren Betrieb. Es könne nicht um eine Luxussanie-

rung gehen, sondern nur um die Unabdingbarkeit. Er stelle daher folgenden Antrag:

1. Satz 1 des Beschlussvorschlages bleibt unverändert.
2. Satz 2 lautet: „Die Verwaltung wird beauftragt, die unabdingbaren Maßnahmen vorzubereiten, um im Rahmen der erforderlichen Plätze die weitere Betreuung am bisherigen Standort zu ermöglichen.“

1. Beschluss:

Der Samtgemeinderat nimmt von dem Ergebnis der Prüfung über eine Verlagerung der KiTa Hummelburg in die Grundschule Schöppenstedt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die unabdingbaren Maßnahmen vorzubereiten, um im Rahmen der erforderlichen Plätze die weitere Betreuung am bisherigen Standort zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 10.: Resolution des Samtgemeinderates zum Wahlrecht des Besuchs von Gymnasien in Wolfenbüttel oder Schöningen

*RDS-Nr. SG 8/195 vom 16.11.2009
SGA 8/032 vom 17.11.2009, Pt. 12 d. TO*

Herr Gödecke erläutert im Rahmen der Berichterstattung die Vorgeschichte und bittet, dem Beschlussvorschlag des Samtgemeindeausschusses zu folgen.

Beschluss:

Der Samtgemeinderat Schöppenstedt stellt sich vollinhaltlich hinter die „Elterninitiative für Schüler aus Schöppenstedt“, den Gymnasialschülerinnen und -schülern aus der Samtgemeinde Schöppenstedt ein Wahlrecht für den Besuch der Gymnasien in Schöningen und Wolfenbüttel einzuräumen und sie anderen Gymnasialschülerinnen und -schülern aus dem Landkreis Wolfenbüttel, die andere als Wolfenbütteler Gymnasien besuchen dürfen, insoweit gleichzustellen.

Diese Resolution wird unabhängig davon gefasst, ob die zulässige Schulwegzeit auch beim Besuch der Wolfenbütteler Gymnasien eingehalten werden kann. Denn unstrittig ist der Zeitauf-

wand für nicht wenige Schülerinnen und Schüler nach Schöningen und zurück z.T. sehr erheblich geringer als zu und von Wolfenbütteler Gymnasien. Die Belastungen der Kinder werden dadurch deutlich reduziert. Durch ein Wahlrecht haben es die Erziehungsberechtigten selbst in der Hand, den für ihre Kinder geeigneteren Schulweg zu wählen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 11.: Anfragen und Mitteilungen
--

Zu Punkt 11.1.: Anfragen und Mitteilungen der Mitglieder

Zu Punkt 11.1.1.: Breitbandverkabelung

Frau Naumann teilt mit, dass die Ortsbeauftragten und Bürgermeister darüber informiert worden seien, dass über die zukünftige Breitbandversorgung eine Bevölkerungsumfrage durchgeführt werden solle, die jedoch schon am 30.11. abgeschlossen sein solle. Das sei zeitlich nicht möglich. Die Verwaltung habe entsprechende Fragebögen besorgt, die hier vorrätig seien. Sie bittet, von dem Angebot noch Gebrauch zu machen. Ein entsprechender Fragebogen stehe auch im Internet zur Verfügung. Nur bei ausreichender Beteiligung bestehe überhaupt die Möglichkeit, eine bessere Breitbandversorgung zu bekommen. Die ausgefüllten Fragebögen sollten daher unverzüglich dem Landkreis zugesandt werden.

Zu Punkt 11.2.: Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Liegen nicht vor.

Zu Punkt 12.: Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Ahrens schließt mit einem Dank für die Mitarbeit die Sitzung um 21:40 Uhr.

Zu Punkt 13.: Einwohnerfragestunde

1. In der nachfolgenden Einwohnerfragestunde wird konkret danach gefragt, ob jetzt die Hummelburg „ausgetrocknet“ werden solle, damit Uehrde bestehen bleiben könne, wozu Herr Gödecke nochmals die Intention des Antrages der Gruppe erläutert.
2. Der Elternvertreter der KiTa Hummelburg wendet sich entschieden gegen Versuche, die Kindertagesstätte Hummelburg überflüssig zu machen. Hierzu wird kurz aus der Mitte des Samtgemeinderates Stellung genommen.

Der Vorsitzende

Der Protokollführer

Die Samtgemeinde-
bürgermeisterin

Ahrens

Hergesell

Naumann